

F-1NEU Nachtragshaushalt 2022

Gremium: 1. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 16.07.2022
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

- 1 Den Nachtragshaushalt findet ihr in der Wolke unter folgendem Link:
- 2 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/55563849>

**L-3NEU Bundesweites ÖPNV Bürger*innenticket für 365€ im Jahr einführen
- sozial gerechte Mobilitätswende stärken!**

Gremium: 1. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 16.07.2022
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Das 9-Euro-Ticket ist schon in den ersten Wochen ein großer Erfolg.
2 Millionenfach gekaufte Tickets sind schon jetzt ein Beleg dafür, wie groß das
3 Potenzial ist, deutlich mehr Menschen fürs Bus- und Bahnfahren zu gewinnen, wenn
4 die Tickets bezahlbar und unkompliziert sind. Erste Befragungen und Auswertungen
5 von Daten untermauern dies: Bis zu 30 Prozent mehr Nutzer*innen im ÖPNV sind ein
6 deutlicher Zuwachs. Drei Monate machen zwar noch keine Mobilitätswende, aber man
7 kann aus ihnen lernen: Mit einem günstigen und attraktiven ÖPNV können wir das
8 Grundrecht auf Mobilität langfristig für mehr Menschen sichern und zugleich die
9 CO2-Emissionen endlich senken.

10 **Allerhöchste Eisenbahn: Mobilitätswende heißt Klimaschutz**

11 Und das ist auch dringend nötig: Der Verkehrssektor leistet weiterhin keinen
12 nennenswerten Beitrag für den Klimaschutz und reißt alle Klimaziele. Aufgrund
13 der Versäumnisse der letzten Jahre müssen die Treibhausgasemissionen bis zum
14 Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2019 fast halbiert werden. Das ist nur mit einer
15 massiven Stärkung des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs möglich. Und auch
16 der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt: eine Abhängigkeit von
17 russischem Öl und fossilen Energieträgern stützt Putin und muss deshalb endlich
18 beendet werden. Günstige Ticketangebote sowie gut ausgebaute Bus- und Bahnlinien
19 können dazu beitragen, dass Menschen das Auto stehen lassen und komplett
20 umsteigen – und somit nicht nur ihren Geldbeutel schonen, sondern auch
21 Ressourcen sparen.

22 **Einstieg ermöglichen: Mehr gesellschaftliche Teilhabe!**

23 Mobilität muss jedoch auch als zentrale Frage der gesellschaftlichen Teilhabe
24 gesehen werden. Manche Nutzer*innen des 9-Euro-Tickets können jetzt Fahrten
25 unternehmen, die sie sich sonst nie hätten leisten können. Nur wer mobil ist,
26 kann auch wirklich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Alle Menschen haben
27 ein Recht darauf, mobil zu sein. Dieses Recht muss endlich verwirklicht werden.

28 Doch das Recht auf Mobilität ist mit günstigen Tickets allein noch nicht
29 umgesetzt: Die Realität ist, dass 55 Millionen Menschen in Deutschland keinen
30 ausreichenden Zugang zum Bus- und Bahn-Netz haben – vor allem in ländlichen
31 Regionen. Wo kein Bus fährt, kann auch nicht auf den ÖPNV umgestiegen werden.
32 Deswegen muss jedes Dorf ans Bus- oder Bahnnetz angeschlossen werden und die
33 Taktung auf allen Strecken und besonders deutlich im ländlichen Raum erhöht
34 werden. Darüber hinaus muss endlich ein flächendeckend barrierefreier Zugang zum
35 ÖPNV gewährleistet sein.

36 Preispolitik ist daher nur die halbe Miete: Ein nie dagewesener Ausbau von
37 Kapazitäten und Angeboten für Bus und Bahn ist unerlässlich für die Mobilität
38 der Zukunft. Dabei darf die Frage, auch aus finanzieller Perspektive, nicht
39 "entweder oder" lauten, sondern das 9€-Ticket und ein massiver und
40 barrierefreier Ausbau des ÖPNV müssen zusammen gedacht und umgesetzt werden!
41 Dazu gehört es auch, im Fernverkehr Angebote auszubauen und zu erhöhen und
42 Preise drastisch zu senken.

43 **Anschluss nicht verpassen: 9-Euro-Ticket verlängern**

44 Angesichts all dieser Herausforderungen, Chancen und Handlungsnotwendigkeiten
45 wäre es ein fataler Schritt in die völlig falsche Richtung wieder zum
46 vorherigen, schlechten Status quo zurückzukehren. Das können und dürfen wir uns
47 nicht leisten! Das 9-Euro-Ticket muss nun als Türöffner für das dringend
48 überfällige Umsteuern in der Verkehrspolitik genutzt werden. Alle
49 Regierungsparteien und Verantwortungsträger*innen von Bundesregierung über
50 Landesregierungen zu Kommunen, über Verkehrsbetriebe bis hin zu den
51 Verkehrsverbänden sind hier in der Pflicht.

52 **Deshalb fordern wir:**

53 - Günstiger: Die dauerhafte Einführung des 9€-Tickets statt überteuerten
54 Monatstickets und Einzelfahrscheinen.

55 - Einfacher: Die Gültigkeit des Tickets in ganz Deutschland statt des
56 herrschenden Tarifschungels.

57 - Öfter: Milliarden-Investitionen in Bus und Bahn statt Stilllegung und
58 Wegrationalisierung.

59

60 **Heute die Weichen für Morgen stellen**

61 Mehr Mobilität, mehr Klimaschutz, Transformation der Wirtschaft, zukunftsfähige
62 und grüne Jobs machen diese Investitionen in jedem Fall wert. Doch um all diese

63 Projekte zu finanzieren, muss endlich Schluss mit klimaschädlichen Subventionen
64 sein. Die Abschaffung des Dieselprivilegs, des Dienstwagenprivilegs und die
65 lange überfällige Besteuerung von Kerosin würden ausreichen, um sowohl ein
66 langfristig günstiges Ticket, als auch einen massiven Ausbau des ÖPNV-Netzes zu
67 finanzieren – und helfen uns gleichzeitig dabei, die Klimakrise aufzuhalten.
68 Doch auch weitere Finanzierungsquellen wie Umlage von Mitteln vom Straßenausbau
69 und der Parkplatzsubventionierung in den Städten hin zu Fahrrad- und
70 Schienennetz sowie aus der LKW-Maut können ihren Teil zur Finanzierung
71 beitragen. All dieses Geld ist dringend notwendig für die Mobilitätswende.

72 Auch die Gelder, die die Länder vom Bund bekommen, welche dann an die lokalen
73 und regionalen Verkehrsunternehmen weitergeleitet werden, (sogenannte
74 Regionalisierungsmittel) müssen drastisch und zeitnah erhöht werden. Nur so wird
75 eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNVs möglich. Für die Unterstützung der
76 lokalen und regionalen Verkehrsunternehmen ist dies zwingend erforderlich, da
77 sie bereits heute hoch defizitär agieren und deren Verlustgeschäft meist durch
78 kommunale Haushalte ausgeglichen wird. Eine weitere Belastung ist nicht
79 zumutbar, da ansonsten Verkehrsleistungen eingestellt werden müssten, was der
80 Mobilitätswende aufs Tiefste zuwiderläuft.

81 Die letzten Monate haben gezeigt, dass es nie an Geld, sondern vor allem an
82 politischem Willen und den entsprechenden Mehrheiten mangelt. Für alle bisher in
83 der öffentlichen Debatte eingebrachten Konzepten für ein einfaches, dauerhaftes,
84 bundesweit gültiges und günstigeres Ticket wie das 9€-Ticket, vergünstigte
85 Klima- und Umwelttickets oder ein 365€-Jahresticket gilt es festzuhalten, dass
86 diese finanzierbar und umsetzbar sind. Mit diesem Antrag legen wir ein konkretes
87 Konzept vor, die Milliardeninvestitionen in Bus und Bahn und ein dauerhaftes 9-
88 Euro-Ticket umgesetzt werden kann - während klimaschädliche Subventionen endlich
89 drastisch reduziert werden müssen.

90 **Vollgas für die Mobilitätswende: Jetzt handeln!**

91 Der Bedarf nach günstiger und unkomplizierter Mobilität für alle ist da.
92 Ticketloser, kostenfreier ÖPNV ist in greifbarer Nähe und bleibt für uns
93 weiterhin zentrales Instrument, um das Grundrecht auf Mobilität zu
94 gewährleisten. Dies bleibt unser langfristiges Ziel und hierzu müssen erste
95 Modellprojekte auf den Weg gebracht werden. Die dafür nötigen Mittel sind
96 innerhalb des Verkehrssektors längst vorhanden – sie werden bisher allerdings
97 für ineffizienten Individualverkehr verschwendet. Wir haben also alles, was es
98 braucht für die sozialgerechte Mobilität der Zukunft – es fehlen nur noch die
99 entsprechenden Gesetze. Wir können und dürfen nicht länger warten.

L-2NEU Für Sicherheit, gegen Aufrüstung

Gremium: 1. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 16.07.2022
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Am 27. Februar, nur 5 Tage nach Ausbruch des Krieges, verkündete Olaf Scholz als
2 Antwort auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine die Einrichtung eines
3 Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr.
4 Diese Gelder helfen jedoch der Ukraine in der Verteidigung gegen den russischen
5 Angriff nicht unmittelbar. Wie mit dieser langfristigen Aufrüstung,
6 beispielsweise der Anschaffung von bewaffneten Drohnen, der Ukraine konkret im
7 Hier und Jetzt geholfen werden soll, bleibt unklar. Statt sich einer ehrlichen
8 Debatte über Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine und die Verteidigung der
9 osteuropäischen Demokratien zu stellen, soll jetzt die Bundeswehr im
10 Hauruckverfahren aufgerüstet werden.

11 Rechtsradikale lassen ungestört Waffen aus Bundeswehrbeständen verschwinden, es
12 fehlt an Unterwäsche und Helmen und Berater*innen verdienen sich an der
13 Bundeswehr eine goldene Nase. Diese Probleme sind durch ein Mehr an Geld nicht
14 zu beheben. Bei den 100 Milliarden droht ein erneutes Debakel aus unklaren
15 Geldströmen. So gehen aktuelle Studien davon aus, dass bis zu einem Drittel der
16 100 Milliarden erneut versickern könnten. Wir haben ein Struktur-, kein
17 Geldproblem in der Bundeswehr.

18 Eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr ist nachvollziehbar, aber eine
19 Aufrüstungsspirale muss verhindert werden.

20 Nicht das Geld fehlt, sondern der politische Wille!

21 Aber was mehr als alles andere an der Einsetzung des Sondervermögens deutlich
22 wurde:
23 Wenn darüber gesprochen wird, dass kein Geld für Hartz -IV-Beziehende da ist,
24 kein Geld für die Sanierung von Schulen, oder für kostengünstigen ÖPNV, dann ist
25 das schlicht gelogen. Denn es fehlt offensichtlich nicht am Geld, sondern
26 lediglich am politischen Willen. Während jetzt 100 Milliarden für Rüstung
27 ausgegeben werden sollen, schlittern wir im nächsten Herbst und Winter
28 ungebremst in eine soziale Notlage. Die Lebensmittelpreise werden immer teurer,

29 Mietkonzerne wollen die Miete noch weiter erhöhen und die Angst vor der nächsten
30 Heizkostenabrechnung ist jetzt schon allgegenwärtig. Reiche werden reicher, Arme
31 werden ärmer. Und der Staat greift nicht zu den Mitteln, die notwendig wären, um
32 das zu ändern. Wir haben als Grüne Jugend in den letzten Wochen und Monaten
33 gemeinsam eine starke Kampagne auf die Beine gestellt. Mit unzähligen
34 Ortsgruppen und Bündnispartner*innen waren wir auf den Straßen und Marktplätzen
35 und sind ins Gespräch gekommen mit unseren Nachbar*innen, Kolleg*innen und
36 Passant*innen. Auch wenn das Sondervermögen nun im Bundestag beschlossen wurde,
37 haben wir im Prozess der letzten Wochen viele kleinere und größere
38 Auseinandersetzungen gewonnen und dabei eins klar gemacht: Die Grüne Jugend ist
39 eine verlässliche Bündnispartnerin im Kampf gegen Aufrüstung und für echte
40 soziale Sicherheit.

41 **Probleme in der Bundeswehr endlich anpacken**

42 Dass Milliarden in die Bundeswehr gesteckt werden, ohne dass etwas an deren
43 Strukturen geändert wird, darf unter keinen Umständen passieren. Eine
44 Bedarfsprüfung der Bundeswehr und eine Reform des Beschaffungswesens muss
45 umgehend geschehen. Dabei müssen auch die Bereiche der Cybersicherheit als auch
46 des Katastrophenschutzes mitgedacht und gestärkt werden. Ein endgültiges
47 nachhaltiges Zerschlagen aller rechter Netzwerke in der Bundeswehr sowie die
48 Verhinderung von neuen rechten Strukturen muss besondere Priorität einnehmen.

49 Sicherheit ist mehr als Militär. In Zeiten multipler Krisen braucht es einen
50 erweiterten Sicherheitsbegriff. Dieser hat für uns verschiedene Facetten:

51 **Menschenrechte international schützen**

52 Wir brauchen mehr Gelder für die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die
53 1:1 Regel aus dem Koalitionsvertrag, nach der jeder Euro, der in Rüstung fließt,
54 auch in die Entwicklungszusammenarbeit fließt, muss eingehalten werden! Es muss
55 internationale Bekämpfung von Fluchtursachen geben. Menschen verlassen ihre
56 Heimat, weil ihre Lebensgrundlage durch Kriege, Ausbeutung und Klimawandel
57 zerstört wird. Waffenlieferungen aus Europa sind für die Vertreibung von etwa
58 1,1 Millionen Menschen in Kriegsgebieten verantwortlich. Statt Gelder in die
59 Bekämpfung und Verhinderung dieser menschengemachten Krisen zu stecken, werden
60 als Antwort auf die Fluchtbewegung die EU Außengrenzen schon seit Jahren
61 hochgerüstet. Auch hier funktioniert Sicherheit anders! Das bedeutet im
62 Angesicht der Klimakrise zum Beispiel, dass Industrieländer Geld zur sofortigen
63 Finanzierung des internationalen Klimafonds bereitzustellen.

64 **Energieunabhängigkeit schafft Sicherheit**

65 Die Energiepreiskrise zeigt erneut auf harte Weise, dass die Abhängigkeit von

66 fossilen Energien aus Russland oder Katar beendet werden muss. Erst dann kann
67 Energiesicherheit mit niedrigen Preisen erreicht werden. Ob beim Heizen, beim
68 Tanken oder beim Blick auf die Aktienkurse von Rüstungskonzernen - dieser Krieg
69 kennt viele Verlierer, aber zugleich auch Gewinner. Unternehmen nutzen die
70 Situation, um ihre Profite weiter zu erhöhen. Dem muss ein Riegel vorgeschoben
71 werden, beispielsweise in Form einer Übergewinnsteuer.

72 **Sicherheit ist eine soziale Frage**

73 Die Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. Hier ist es die Verantwortung des
74 Staates, einzugreifen und soziale Härten konsequent abzufedern. Dafür braucht es
75 Finanzierungsspielräume, damit nicht nur die akute Preissteigerung ausgeglichen
76 werden kann, sondern gerade auch die, die im Herbst und Winter noch auf uns
77 zukommen wird. Dafür muss die Schuldenbremse auch 2023 ausgesetzt werden! Die
78 ersten beiden Entlastungspakete sind erste Schritte in die richtige Richtung,
79 doch dabei darf es nicht bleiben. Einmalzahlungen wie die Heizkostenpauschale
80 sind richtig und notwendig, jedoch braucht es auch strukturelle Antworten. Ob
81 ein regelmäßiges Klimageld, eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze
82 sowie eine armutsfeste Ausbildungsvergütung - die soziale Frage ist die zentrale
83 Frage, wenn es um Sicherheit geht. Vermeintlich soziale Maßnahmen wie ein
84 Tankrabatt, von dem vor allem Mineralölkonzerne profitieren, lehnen wir ab.
85 Stattdessen braucht es Maßnahmen, die dort entlasten, wo die Entlastung
86 gebraucht wird. Niemand sollte am Essen sparen oder in Sorge vor der
87 Nebenkostenabrechnung leben müssen!

88
89 Die vom Kanzleramt ausgerufene konzertierte Aktion soll Antworten auf die
90 soziale Krise liefern. Die Forderungen nach einem Sofortzuschlag im Gegenzug zu
91 niedrigeren Tarifabschlüssen lehnen wir ab. Die Ursachen für die steigende
92 Inflation sind vielfältig, von Coronakrise bis Ukrainekrieg. Der Verweis auf
93 eine mögliche Lohn-Preis-Spirale ist vor diesem Hintergrund absurd und wie so
94 häufig bloß ein Scheinargument, um Kapitalinteressen vor den Folgen dieser
95 Krisen zu schützen und diese auf die Bevölkerung abzuwälzen. Hohe
96 Tarifabschlüsse sind notwendig, um einen Reallohnverlust zu verhindern. Wir
97 stehen solidarisch an der Seite der Gewerkschaften! Auch der Staat muss seiner
98 Verantwortung gerecht werden: Diejenigen, die nicht von hohen Tarifabschlüssen
99 profitieren, müssen durch absichernde Zahlungen unterstützt werden. Dazu zählen
100 Studierende, Rentner*innen und Menschen, die Hartz IV und Arbeitslosengeld
101 beziehen.

102
103 Die gedrosselten Gaslieferungen der Pipeline Nord Stream 1 werden die
104 Preissteigerungen massiv verschärfen. Der Zugang zur Energieversorgung ist ein
105 Grundrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Schon jetzt ist aber klar,
106 dass die Preise im Herbst weiter explodieren werden. Wir schließen uns der
107 Forderung eines Energiepreisdeckels an, welcher für den Grundbedarf an Energie
108 einen bezahlbaren Preis garantiert und darüber hinaus in nicht notwendigen
109 Bereichen zum Energiesparen animiert. Das ist sozial und ökologisch sinnvoll.

110 Kein Mensch darf durch steigende Energiepreise in eine Lage geraten,
111 letztendlich in einer kalten Wohnung sitzen oder diese aufgrund von zu hohen
112 Energieschulden gar verlieren. Deswegen setzen wir uns für ein Verbot von Strom-
113 und Energiesperren und ein Moratorium auf Mietkündigungen ein, wenn Haushalte
114 nicht in der Lage sind, die hohen Rechnungen zu bezahlen. Langfristig braucht es
115 Reformen in der Tarifynfrastruktur der Energieversorgung.. Wer weniger
116 verbraucht, sollte weniger zahlen!
117 Soziale Sicherheit für alle im Herbst und Winter ist die Voraussetzung dafür,
118 dass die notwendige Solidarität mit den Ukrainer*innen in der Bevölkerung
119 aufrecht erhalten werden kann.

120 Die Krisen, in denen wir uns befinden, sind Ausdruck globaler Ungleichheit und
121 eines Wirtschaftssystems, welches Mensch und Natur ausbeutet und zur Konkurrenz
122 zwingt. Sicherheit zu schaffen bedeutet auch, auf eine Wirtschaftsweise
123 hinzuarbeiten, in der nicht Viele leiden müssen, damit Wenige gewinnen!

124 **Blicken wir nach vorn!**

125 Auch wenn das Sondervermögen beschlossen ist, werden wir uns als Grüne Jugend
126 nicht geschlagen geben, sondern weiter für all jene Anliegen kämpfen, die
127 tatsächliche Sicherheit schaffen. Die soziale Flanke der Ampel-Regierung wird
128 sich nicht von alleine schließen. Wir müssen uns für unsere Interessen selbst
129 stark machen!
130 Gemeinsam werden wir als Grüne Jugend weiterhin die Menschen auf die Straßen
131 bringen und den Widerstand organisieren. Wir werden die Politik der Ampel weiter
132 kritisch begleiten und den Druck auf den Straßen weiter erhöhen, denn die
133 parlamentarische Arbeit hat ihre klaren Grenzen. Wir als Linke haben jetzt die
134 Verantwortung zu zeigen, wie soziale Politik für die Vielen mit den Vielen
135 gelingen kann.

136 Das wird unsere Aufgabe bleiben in den kommenden Wochen und Monaten.
137 Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen, mit den Landesverbänden und vor
138 allem - unserem Herzstück - den Ortsgruppen.

L-1NEU Solidarität leben – Antrag zur Unterstützung der Ukraine

Gremium: 1. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 16.07.2022
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND ist ein internationalistischer Verband. Als solcher mischen wir
2 uns in Debatten der europäischen und globalen Politik ein und setzen uns für
3 internationalen Frieden ein. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden der Ukraine
4 mit dem Budapester Memorandum von Seiten der USA, Großbritannien und Russland
5 Sicherheitsgarantien zugesichert. Im Gegenzug musste die Ukraine ihre gesamten
6 Atomwaffen abgeben. Die vereinbarten Sicherheitsgarantien beinhalteten jedoch
7 keine Sanktionsmechanismen für den Fall eines Vertragsbruchs.

8 Schritte der Ukraine, sich dem Westen anzunähern, sowie die Entwicklung der
9 Ukraine Richtung Demokratie, wurden von Russland früh als Bedrohung der eigenen
10 Machtposition wahrgenommen und mündeten 2014 in die völkerrechtswidrige Annexion
11 der Krim, sowie in einem von Russland inoffiziell unterstützten Krieg in der
12 Ostukraine. Der seitdem schwelende Konflikt wurde am 24. Februar 2022 durch den
13 russischen Angriff auf die Ukraine eskaliert. Seitdem herrscht in der gesamten
14 Ukraine ein schrecklicher Krieg, der für die Menschen in der Ukraine
15 unvorstellbares Leid bedeutet. Dieser Krieg muss so schnell wie möglich beendet
16 werden. Dies kann jedoch nicht durch einen Diktatfrieden geschehen, sondern
17 durch einen Frieden, der die freie und demokratische Selbstbestimmung der
18 Menschen in der Ukraine garantiert und russischen Imperialismus klar
19 zurückweist. Auf dem Weg dahin muss bei jeder Form politischen Handelns der
20 Schutz von Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Insbesondere müssen wir
21 uns innerhalb einer feministischen Außenpolitik auf marginalisierte Gruppen
22 fokussieren, da sie in einem solchen Krieg besonders leiden, wie beispielsweise
23 queere Menschen, Frauen oder Drittstaatler*innen, die aus der Ukraine flüchten.

24 Besonders als Teil der politischen Linken ist für uns als GRÜNE JUGEND die
25 Frage, wie dieses politische Handeln aussehen kann, eine komplexe, teils mit
26 unseren pazifistischen Grundwerten im Widerspruch stehende. Klar ist jedoch: Die
27 Diskussion um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und das Einsetzen des
28 Sondervermögens für die Bundeswehr sind konservative Scheinlösungen unter dem
29 Deckmantel der Solidarität. Es sind teure Symbole, die keinen aktiven Beitrag
30 zum Ende dieses Krieges setzen und den Menschen in der Ukraine nicht helfen. Sie
31 senden als potentielle Befuerung einer Aufrüstungsspirale ein falsches Signal

32 an die internationale Gemeinschaft und müssen deshalb als politischer Irrweg
33 abgelehnt werden.

34 Schon jetzt bewerten Friedensforscher*innen die Gefahr einer atomaren
35 Auseinandersetzung als so groß wie seit Ende des Kalten Kriegs nicht mehr. Die
36 Antworten darauf müssen praktische Solidarität durch finanzielle Unterstützung
37 russischer und ukrainischer antifaschistischer Linker vor Ort, Diplomatie und
38 Deeskalation, nicht Aufrüstung und Eskalation sein. Es gilt jetzt linke
39 Antworten auf komplexe Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu finden und so
40 den Menschen in der Ukraine wirklich zu helfen. Diese brauchen nicht nur unsere
41 Solidarität, sondern echte Unterstützung – jetzt, aber auch wenn der Krieg
42 vorbei sein wird. Unterstützung umfasst dabei viele verschiedene Bereiche und
43 Formen.

44 **Humanitäre Hilfe**

45 Wir sehen, dass aktuell eintritt, was schon Ende Februar befürchtet wurde: Die
46 anfänglich große Solidarität ebbt nach und nach ab, Spenden werden geringer und
47 Hilfsprogramme werden eingestellt. Dabei wird die humanitäre Krise nur größer,
48 je länger der Krieg dauert. Deshalb setzen wir uns für umfangreiche humanitäre
49 Hilfen jetzt und in Zukunft ein. Diese dürfen erst eingestellt werden, wenn das
50 Leid der Menschen in der Ukraine beendet wurde. Auch beim gesellschaftlichen und
51 infrastrukturellen Wiederaufbau muss Hilfe geleistet werden. Dafür ist eine
52 Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe und orientiert an den
53 Wünschen von Ukrainer*innen nötig.

54 **Allen Menschen die Flucht und ein sicheres Unterkommen** 55 **ermöglichen**

56 Mehr als 13,5 Millionen Ukrainer*innen sind derzeit auf der Flucht, und es
57 werden jeden Tag mehr. Schon in den ersten Tagen nach dem russischen Überfall
58 breitete sich durch ganz Deutschland und Europa eine große Welle an Solidarität
59 für die Menschen aus der Ukraine aus. Notunterkünfte und unbürokratische
60 Soforthilfen wurden vielerorts gewährt. Zugleich zeigt sich, dass staatliche
61 Strukturen nach 2015 nicht hinreichend reformiert wurden, und die größte Last
62 weiterhin auf dem Engagement und Einsatz von Ehrenamtlichen liegt. Dies ist
63 fahrlässig und nicht zu verantworten. Stattdessen braucht es endlich
64 zuverlässige Aufnahmestrukturen, die Menschen wie Menschen behandeln und echte
65 Perspektiven schaffen. Dabei muss den Ansätzen einer Klassifizierung von
66 Geflüchteten anhand von Kriterien wie Herkunftsland oder Religion entschieden
67 entgegengetreten werden. Asyl ist ein universelles Menschenrecht, und muss
68 endlich als solches anerkannt und durchgesetzt werden. Das heißt, dass
69 insbesondere auch Menschen, die sich als Drittstaatler*innen in der Ukraine
70 aufgehalten haben und Männer, die vor der zwangsweisen Teilnahme an den Kämpfen
71 geflohen sind, aufgenommen werden müssen. Aber auch Menschen, die als

72 Dissidenten und Kriegsgegner*innen aus Russland fliehen, müssen bei uns Schutz
73 finden und eine unbefristete Bleibeperspektive in Deutschland bekommen.

74 **Sanktionen als Mittel, um Verhandlungsdruck zu erhöhen**

75 Wir müssen der russischen Politik entschieden entgegentreten.
76 Wirtschaftssanktionen treffen dabei oft die am meisten, die am wenigsten haben.
77 Trotzdem sind sie als Mittel der Auseinandersetzung derzeit unumgänglich. Sie
78 müssen deshalb so zugeschnitten werden, dass sie so gut wie möglich auf die
79 Menschen begrenzt werden, die in Wirtschaft und Politik an den Hebeln der Macht
80 sitzen und nicht die treffen, die ohnehin schon unter den Auswirkungen des
81 Krieges und der russischen Politik leiden. Insbesondere Sanktionen gegen
82 Oligarchen als wichtige Stützen des Regimes müssen dabei konsequent durchgesetzt
83 werden und dürfen nicht bei der formalen Androhung stehenbleiben. Eine
84 authentische Politik der Solidarität mit der Ukraine bedeutet auch ein Ende der
85 Finanzierung der russischen Kriegsführung durch die Hintertür. Deutschland ist
86 derzeit der größte Abnehmer von russischem Gas, bei den Importen von Öl der
87 zweitgrößte. Energiegeschäfte machten etwa ein Drittel des russischen
88 Staatshaushalts aus. Damit beteiligt sich Deutschland aktuell zu einem nicht
89 unerheblichen Teil an der Finanzierung des russischen Angriffskriegs. Wir
90 fordern daher: keine weiteren Geschäfte mit Putin! Es braucht ein schnelles,
91 konsequentes und dauerhaftes Embargo gegen Energieimporte aus Russland.

92 Dabei wird uns ein Rückfall auf fossile Energien anderer Art nicht retten. Eine
93 verlängerte Nutzung von Kohleenergie, Atomkraft oder ein langfristiger Ausbau
94 von LNG-Terminals sind Scheinlösungen, die wir nicht zulassen dürfen. Vielmehr
95 müssen die Bewältigung von Krieg und Klimakrise zusammengedacht werden. Wir
96 brauchen eine größere Energieeffizienz, umfassende Energieeinsparungen in allen
97 Sektoren, Turbo bei den Erneuerbaren, eine konsequente Wärmewende und eine
98 Strategie für einen Gasausstieg bis 2035. Dies alles darf dabei nicht auf dem
99 Rücken derjenigen finanziert werden, die schon jetzt unter steigenden Preisen
100 leiden, sondern durch eine Abkehr von der Schuldenbremse, der Abschöpfung von
101 Übergewinnen und der Besteuerung großer Vermögen. Nur darin liegt eine
102 nachhaltige Lösung, die uns vor künftigen Kriegen bewahren kann.

103 **Keine Gewinne mit dem Krieg**

104 Wir erkennen an, dass Waffenlieferungen an die Ukraine zum Schutz der
105 ukrainischen Bevölkerung notwendig sind, um in der aktuellen Situation den
106 Widerstand gegen die russische Aggression international solidarisch zu
107 unterstützen. Diese sind ein Mittel der konkreten Hilfe, um sicherzustellen,
108 dass nicht das russische Regime darüber bestimmt, wie die Ukrainer*innen leben,
109 sondern die Menschen in der Ukraine selbst über ihr Leben entscheiden können.
110 Gleichzeitig kritisieren wir, dass die militärische Unterstützung in der
111 Rüstungsindustrie für Milliarden Gewinne sorgt. Wir setzen uns für eine

112 Vergesellschaftung und langfristige Verkleinerung von Rüstungsunternehmen
113 ein, damit sich die Produktion von Rüstungsgütern nicht länger an
114 Profitinteressen orientiert und nur noch bedarfsgerecht stattfindet. So können
115 wir den Profit weniger am Leid vieler verhindern und einer Aufrüstungsspirale
116 entgegenreten.

117 **Russische Oppositionelle unterstützen statt isolieren**

118 Der russische Angriffskrieg beweist erneut, dass vor allem die einfachen
119 Menschen diejenigen sind, die unter den Folgen eines Krieges leiden. Dies gilt
120 auch für die russische Zivilbevölkerung, die seit Jahren unter Putins Regime
121 leidet und deren Proteste immer wieder gewaltsam niedergeschlagen werden, im
122 Versuch, jeglichen Widerspruch im Keim zu ersticken. Ein Teil der russischen
123 Bevölkerung unterstützt den Krieg. Dies liegt auch an der massiven Einschränkung
124 demokratischer Rechte sowie der Presse- und Meinungsfreiheit in Russland. Unsere
125 Solidarität gilt all jenen, die sich trotz aller Repressionen auf russischer
126 Seite gegen den Krieg stellen und versuchen, den Widerstand zu organisieren und
127 auf die Straße zu bringen. Sie gilt es konsequent zu unterstützen, statt
128 beispielsweise durch Sanktionen im kulturellen Bereich weiter zu schwächen.

129 Verantwortlich für den Krieg ist die russische Regierung, nicht die Menschen,
130 die selbst unter dem Regime leiden. Wir stellen uns solidarisch an die Seite
131 jener, die aufgrund ihrer russischen Herkunft Ausgrenzung und Rassismus erfahren
132 und für den Krieg verantwortlich gemacht werden.

133 **Globale Auswirkungen in den Blick nehmen**

134 Der Krieg in der Ukraine hat Folgen für die ganze Welt. Die Ukraine und Russland
135 ernten zusammen mehr als ein Viertel des Weizens und 15 Prozent des Mais
136 weltweit. Russland hat einen Exportstopp auf Getreide verhängt und die Bestände
137 der Ukraine können infolge des Kriegs in weiten Teilen nicht geerntet und
138 transportiert werden. Dies stellt eine enorme Gefahr für die globale
139 Ernährungssouveränität dar. Es besteht ein Risiko für weltweite Krisen und die
140 Destabilisierung ganzer Weltregionen, wie sie mit den sich verschärfenden
141 Hungerrevolten im Iran schon jetzt zu beobachten sind. Dem muss durch eine
142 Förderung der Entwicklungszusammenarbeit mit besonders stark von Hunger
143 betroffenen Regionen dringend entgegengewirkt werden. Gleichzeitig sehen wir: Es
144 sind mehr als genug Nahrungsmittel für alle da. Es fehlt nicht an der Menge,
145 sondern es hängt an der Frage, wie das Produzierte verteilt und verwendet wird.

146 **Außenpolitik solidarisch denken**

147 Außenpolitik wird viel zu oft in wirtschaftlichen Interessen gedacht und viel zu
148 selten an den Bedürfnissen von Menschen ausgerichtet. Wir als GRÜNE JUGEND

149 stehen ein für eine Politik für Menschen statt für Profite.

150 Internationale Solidarität darf nicht nur ein Ruf auf Demonstrationen und
151 Kundgebungen sein, sondern muss endlich international gelebt werden! Dafür
152 setzen wir uns als GRÜNE JUGEND jetzt und in Zukunft weiter ein.